Dorniaden 1,30

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



6 frankfurt
homburger str. 36
tel. 0611/774696

postscheckkonto
w.spruck; frankfurt 60
nr. 525228-602

bürozeiten:
mo, mi, fri 11-15 uhr

redaktionsschluß
freitag 20 uhr!

verantwortlich:
peter m. borch
1 berlin33

kontaktzentren:

2 hamburg
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel. 444003

463 bochum-querenbg
evang. stud. gemeinde
lennerhofstr. 66
baracke VIII
tel. 701465

5 köln
pol. buchladen
zülpicher str. 197
tel. 446171

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis-buchhandlung
adalbertstr. 41 b
089/2809522

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 25 4.3.1974

INLAND

AUSLAND

DOKUMENTATION

5,-

MONATSABO

MÜNCHEN(ID) BESETZUNG DES GASTEIG- SPITALS

23.februar " das gasteig ist ein ehemaliges altersheim im münchner stadtteil haidhausen, das abgerissen werden soll, um einem kulturzentrum (18o-millionen- projekt) platz zu machen.

genauere informationen über das gasteig, die ganze entwicklung und 'sanierung' in haidhausen und was an öffentlichkeitsarbeit und aktionen vor der besetzung gelaufen ist, haben wir schon in ID 16 gebracht.

seitdem das haus leersteht, mai 73, bemühte sich die aktion bürgerzentrum haidhausen erfolglos, eine nutzung durch verhandlungen zu erreichen. wir beriefen in haidhausen eine öffentliche versammlung ein, auf der mit ca. 2oo leuten die möglichkeit einer besetzung diskutiert wurde.

freitag abend, 15. 2. 74, besichtigte eine kleine gruppe von leuten den dreistöckigen prachtbau, prüfte heizung, strom und wasser, warf den kühlschrank an, verbarrikadierte die vorderfront und hängte transparente aus: 'stadtteilzentrum besetzt', 'dieses haus stand leer- jetzt nicht mehr' um 21 uhr 45 war das haus hell erleuchtet, nach monatelanger finsternis und stille, musik drang aus den geöffneten fenstern: das stadtteilzentrum ist eröffnet.

von festen in wohngemeinschaften, schulen und freizeitheimen kamen immer mehr leute, in den kneipen und auf der strasse in verschiedenen stadtteilen wurden flugblätter verteilt.

im gasteig trafen wir uns alle im speisesaal im ersten stock zur ersten hausversammlung. wir diskutierten gerade, um kollektive zu bilden für wache-schieben, küche und kneipe, als um 23 uhr 3o die bullen kamen. bereitschaftspolizei mit schilden und helmen umstellte das haus, die stadtbullen überkletterten die mauer zum hof und öffneten die toreinfahrt von innen. die antiterroristen im grünen kampfanzug stürzten herein und ein riesen-scheinwerferwagen.

die bullen besetzten das ganze haus, und forderten die besetzer auf, sich einzeln zu stellen. es bildeten sich unter uns zwei fraktionen: die einen wollten verhandeln mit den ca. tausendfach anwesenden hausherrn (der kasten gehört der stadt) , die anderen wollten auf keinen fall freiwillig und einzeln gehen. wir blieben!

vor der absperrung draußen hatten sich etwa 2oo leute angesammelt. von drinnen und draußen wurde gerufen : 'kronawitter hinter gitter', 'das gasteig gehört der bevölkerung', 'bullen raus ! leute rein!'

lieder wurden gesungen, flugblätter verteilt , auf denen unser programm für die nächsten tage stand: kinderfest, jugendfest, eröffnung einer volksküche, kneipe, non-stop-kino, einrichtung eines kinderladens, eines schülerladens, mieterbüro und hausversammlungen.

aus den fenstern des besetzten speisesaals flogen flugblätter, matratzen und knallkörper.

unverfroren wie es sein muß, kam der einsatzleiter ins zimmer, um der knallerei ein ende zu machen. er wurde mit einem tritt empfangen, und auf seine hilferufe kamen 1o seiner weißbehelmten ins zimmer, die uns von da an nicht mehr aus den augen ließen.

die stimmung war weiterhin gut, neue lieder wurden gesungen, - und alte : 'es war einmal ein treuer husar, der fickt seinen knüppel ein ganzes jahr...'.

die bullen schleiften einen nach dem anderen von uns hinaus, noch im haus wurden wir fotografiert und die personalien wurden festgestellt. dann gab es für jeden eine gratisfahrt in die ettstraße (polizeigefängnis). drei zellen über - und nebeneinander a 5o leute, männlich und weiblich getrennt. - weiterhin hochstimmung. eine zelle ging total zu bruch. wir fanden, daß dieses haus dem volke nicht dient!alle festgenommenen wurden verhört und erkennungsdienstlich behandelt. die ersten leute wurden samtag morgen ab 9 uhr rausgelassen. die letzten drei wurden samstag abend vor den haftrichter geschleift, zwei davon sind jetzt noch im knast (stadelheim)

wir hatten vor der aktion die taktik der bullen falsch eingeschätzt, dachten, daß sie sofort die kleine gruppe herausholen, die das gasteig für die leute öffnet, oder daß sie dann zuschlagen, wenn das fest vorbei ist und im haus nur noch ein paar leute pennen. wir meinten auch, von den festen und kneipen her eine größere öffentlich schaffen zu können, die so eine notstandsübung fraglicher macht. daß wir so einen riesenkasten nicht militärisch verteidigen können, war uns klar. es wäre besser gewesen, die aktion am tage laufen zu lassen.

auf keinen fall lassen wir uns einschüchtern- am tor des gasteig steht schon geschrieb en: 'wir kommen wieder !!! 'im moment ist das ganze haus von bullen besetzt.

sonntag abend waren wir dort mit knallkörpern und neuen parolen: "bullen aus dem gasteig raus! das gasteig das ist unser haus! "

FREIBURG (ID) DER BÜRGERKRIEG GEGEN DIE WOHNUNG DER MENSCHEN FORDERT SEIN NÄCHSTES OPFER

1.2. am 5.märz soll das haus hummelstr. 6 geräumt werden, am 2. april kommen die bagger. das heißt 40 wohnräume weniger im zentrum, in dem jetzt schon 12.000 menschen weniger wohnen als vor 10 jahren (auch freiburg hat sein westend), d.h. auch, daß der treff der freiburger jugendlichen zerstört wird, der im keller des hauses eingerichtet ist, d.h. auch, daß der laden im haus, in dem die frauengruppe arbeitet, zertrümmert wird.

dieser abriß kostet die stadt 32.000 dm , aber nachdem das haus im märz letzten jahres besetzt wurde, gab sie kein geld für die renovierung. die kosten, um das vom wohnungsreferenten des studenwerks im auftrag der stadt teilweise unbewohnbar gemachten hauses wieder herzurichten, trugen die besetzer.

"noch steht das haus hummerlstr. 6, es muß stehen bleiben, widerstand ist nötig !" , auch wenn die stadt sagt : "wir lassen uns unsere hoheitsrechte nicht nehmen und wollen frei über unser eigentum verfügen." darum findet am dienstag, dem 5. märz, eine demonstration aus der innenstadt zu dem besetzten haus statt, wo anschließend ab 20 uhr ein fest in allen räumen des besetzten hauses stattfinden soll.

FRANKFURT (ID) EDIL TOKMAR FREIGELASSEN

1.3.74 nach knapp einwöchiger haft wurde der bei der durchsuchung des studentenhauses am vergangenen samstag festgenommene auslandsreferent des asta, edil tokmar, freigelassen.

da edil tokmar den kriegsdienst in der türkischen armee aus politischen gründen ablehnte, droht ihm bei einer abschiebung - seine aufenthaltsgenehmigung ist abgelaufen - harte bestrafung.

sein antrag auf asylgewährung läuft bereits seit längerer zeit.
(siehe id sondernummer vom 27.2.74)

BUTZBACH (ID) EIN GEFANGENER IM KÄFIG

20.febr. der aus "sicherheitsgründen" nach der bruchsaler revolte zuerst in die vollzugsanstalt stammheim und jetzt vor drei wochen in die JVA butzbach verlegte gefangene siegfried knutz ist im gefängnis butzbach in einem käfig eingeschlossen. die zelle, in der er sich aufhalten muß, ist von fenster und tür durch gitterwände abgetrennt. in einem brief an uns schrieb k. am 3.2. :" untergebracht bin ich in einer käfigartigen zelle. gehst du in den zoo und dort zu den raubtierkäfigen, dann hast du eine ungefähre vorstellung. die JVA stammheim hat mir offenbar eine warme empfehlung mitgegeben. kann nichts schreiben. die achten auf jedes wort. wenn es ihnen nicht passt, wird beschlagnahmt. die beschwerde kannst du dir schenken. recht? das sind die in juristisch verbindliche normen gegossenen wirtschaftlichen interessen der herrschenden klasse. und wir? wenn wir uns zur wehr setzen, dann wird kriminalisiert - hier und draußen. wobei es hier nur noch schlimmer ist, denn als gefangener bist du rechtlos. jede andere gruppe hat irgendeine vertretung, irgendeinen einfluß - durch bestechung oder wie sonst. was haben wir? nichts. die gesetze werden über unseren köpfen verfügt - in erwägung unserer schwäche."

der rechtsanwalt von knutz hat gegen die anstaltsleitung strafanzeige erstattet. protestbriefe sind zu richten an : staatsanwaltschaft frankfurt, gerichtsstraße, und an die anstaltsleitung der JVA butzbach, postleitzahl 6308, kleebergstr. 23. spenden für knutz werden auf dem postscheckkonto frankfurt, bezeichnung GR, Nr. 5372 98 - 602 entgegengenommen.

FRANKFURT (ID) AUFRUF DER ROTEN HILFE

25.2. angesichts der massenentlassungen hat die rote hilfe eine neue untergruppe gebildet, die sich mit arbeitsrecht befaßt.

außerdem sind wir dabei, uns zu überlegen, wie wir aktiv werden, um rausschmisse publik zu machen und zu verhindern.

wir bitten alle genossen, die in den betrieben arbeiten, uns nützliche informationen zukommen zu lassen.

rote hilfe frankfurt, 6 frankfurt, unterlindau 74
tel. 72 73 98

MANNHEIM (ID) GEMEINSCHAFTLICHE PETITION DER GEFANGENEN

20.febr. an den landtag von baden - württemberg

hiermit nehmen wir, die inhaftierten der justizvollzugsanstalt mannheim unser petitionsrecht wahr, und wenden uns an den landtag, in der hoffnung, daß umgehend verbesserungen realisiert werden.

seit monaten weisen wir immer wieder auf die unhaltbaren zustände und teuren überhöhten preise beim einkauf hin, der durch die monopolstellung des hiesigen kaufmanns eindeutig zu unserem nachteil ausfällt, da keine alternativen einkaufsmöglichkeiten wahrgenommen werden können, sodaß wir diesem preisdiktat wehrlos ausgeliefert sind, da auch die anstaltsleitung ihrerseits keine preisvergleiche vornimmt und die konsequenzen daraus zieht.

welch groteske formen dieser monopolmißbrauch annimmt, wird dadurch verdeutlicht, daß in den verschiedenen justizvollzugsanstalten von baden-württemberg für gleiche markenartikel ungleiche unterschiedlich hohe preise abverlangt werden, wobei der hiesige kaufmann eine traurige spitzenrolle einnimmt und u.a. schon seit monaten keine echten sonderangebote in seinem sortiment pla - ciert. durch galloppierende preissteigerungen wird dieser mißstand immer schwerwiegender, sodaß wir uns heute veranlaßt sehen, uns in dieser sache mit der bitte um umgehende abhilfe dieses monopolistischenzustands an den landtag zu wenden, da sich unsere lage mit jedem moment verschlechtert und auch durch entsprechend minimale erhöhungen des "arbeitslohnes" keinesfalls abgefangen und gemildert werden. wir vertreten deshalb die ansicht, daß allen inhaftierten die möglichkeit gegeben werden muß, vom großhandel einzukaufen - was einer preissteigerungseinsparung und somit indirekt einer erhöhung des "arbeitslohnes" von ca. 30 - 50 prozent gleichkäme und eine eindeutige verbesserung unserer lage mit sich brächte.

organisatorische schwierigkeiten, die aus dem einkauf vom großhandel (z.b. verkäufer), könnten durch bildung eines demokratischen gefangenen - parlaments eliminiert werden, da dieses den verkauf in eigener regie durch entsprechende unterorganisationen resp- ausschüsse durchführen könnte.

die demokratische bildung eines gefangenen-parlaments ist eine zwingende notwendigkeit, damit belange der inhaftierten nicht weiter unterdrückt und verdrängt werden und die möglichkeit aktiver mitwirkung seitens der inhaftierten in gefangenen-belangen besteht, sodaß anachronistische zustände in der justizvollzugsanstalt mannheim beseitigt werden.

längst notwendig gewordene verbesserungen, wie der besitz eigener rundfunkgeräte, realisierung der informations- und meinungsfreiheit durch abschaffung der bestehenden restriktionen. sodaß alle publikationen der presse, auch die der ausserparlamentarischen, bezogen werden können, sowie echte verbesserung der verpflegung, sind weitere punkte, die nun umgehend verwirklicht werden müssen, wie auch der einbau von steckdosen und lichtschaltern in allen zellen, wie sie in anderen anstalten schon seit jahren bestehen. diese und ähnliche dinge können unsere sich zusehends verschlechternde lage eindeutig verbessern - nicht aber leere worte.

immer wieder wiesen wir auf die bestehenden mißstände hin. abhilfe wurde des öfteren versprochen. effektiv geschah jedoch n i c h t s , sodaß wir den eindruck gewannen, alles würde zu unserem nachteil auf die lange bank geschoben. - gegen diese haltung protestieren wir hiermit auf das schärfste, da uns nichtrealisierte verbalzusagen nur noch mehr verbittern und keineswegs einem entspannten klima zugute kommen.

diese petition überreichen wir dem landtag mit der bitte um sofortige behandlung und umgehenden entscheidung, damit die bestehenden mißstände endlich behoben werden.

die inhaftierten der JVA mannheim

ps : die petition wurde bisher von 118 gefangenen unterzeichnet.

ROCKENBERG (ID) IN ROCKENBERG IST DER TEUFEL LOS

20.2. JVA , mittwoch, 13.2.74 :
16.45 uhr : wir kommen von der arbeit.
17.00 uhr :die küchenbullen bringen das abendbrot in den zellenbau (je person 1 1/4 liter bratkartoffeln, margarine, kaffee und drei laib brot für 40 gefangene).
auf die frage, warum es nur so wenig brot sei, antwortet der küchenbeamte "freßt doch die bratkartoffeln."
es entsteht ein gemurmel in der masse der gefangenen, das sich allmählich zu einem wutgeschrei steigert. einem gehen die nerven durch und er schmeißt dem küchenbeamten den brotkorb nach. dieser dreht sich um, stürzt auf den gefangenen los und schlägt nach ihm. zwei andere beamte laufenhinzu und drängen die beiden auseinander. sie verhindern damit, daß sich noch mehr aggressionen entladen. das ist aber nur ein aufschub. für wie lange ?
18.00 uhr : diskussion im sozialkundeunterricht bei einem fürsorger. wir fordern mehr geld für unsere arbeit. nach einigem hin und her kommt einer auf den gedanken, daß die kübler streiken sollen. das vorschlag wird angenommen. wirhoffen, damit unsere forderungen zu unterstützen.
19.30 uhr : einschluß.
donnerstag, der 14.2.74
6.oo uhr : aufschluß, kübel und wassereimer rausstellen, frühstück in die zelle holen.
einige zeit danach dringen durch die verschlossene zellentür die gespräche der gefangenen mit den beamten. "wir kübeln nicht, macht euern scheiß allein."
7.00 uhr : arbeitsraustritt. die kübel stehen noch wie wir sie rausgestellt haben.
7.05 uhr : der erste kübel fliegt über das geländer, es entsteht ein bestialischer gestank. wahllos werden die beschuldigungen angebracht.
8.30 uhr : die kübler werden zu ihrer dreckigen arbeit erpreßt. ein gefangener lehnt sich dagegen auf und schlägt mit einem bohner nach dem stationsbeamten. danach herrscht für einige stunden wieder ruhe.
sonntag, der 17.2.74
ein gefangener will sich nach dem besuch von seinem mädchen verabschieden. der beamte versucht ihn mit gewalt von ihr zu trennen, der gefangene schlägt zu.
wie lange soll das so noch weitergehen ? !
warum behandelt man uns wie ein stück dreck ?

FLENSBURG (ID) KRIMINALISIERUNGSVERSUCH AM SZ
26.februar 1974

die beiden flensburger genossen, die am 6.2. in breitenfeld wegen § 129 sowie illegalen waffenbesitzes festgenommen wurden (siehe id nr.23), sind am 25.2.wieder auf freien fuß gesetzt worden.das ermittlungsverfahren läuft allerdings weiter.ziel der bullen und der justiz scheint es jetzt zu sein, das sozialistische zentrum zur "kriminellen vereinigung" zu machen.gegen drei weitere mitglieder des sz laufen ermittlungsverfahren wegen unterstützung und beteiligung an einer kriminellen vereinigung sowie verstoß gegen das waffengesetz.dieses vorhaben deutet sich schon seit einem halben jahr an:immer offen sichtlichere bespitzelung, willkürliche hausdurchsuchungen, einschüchterungsversuche, beschlagnahmeaktionen, erkennungsdienstliche behandlung, öffentliches aushängen von fotos einiger genossen des sz in den polizeipräsidien usw.offent-

sichtlicher grund dieser terrorpraktiken:die praxis des sz, d.h. rot-punkt-aktionen, vietnam-solidaritätsaktionen, aktionen gegen die katastrophale situation der lehrlinge, agitation gegen die folter an politischen gefangenen in der brd, gegen die schauprozesse gegen raf-genossen, mit allen mitteln verhindern wollen.

sozialistisches zentrum/rote hilfe/flensburg.

FRANKFURT (ID) STRAFANZEIGE WEGEN VERSUCHTEN MORDES

26.febr. 131 ärzte haben strafanzeige wegen versuchten mordes an der politischen gefangenen katharina hammerschmidt gestellt. sie richtet sich gegen die zuständigen ärzte der vollzugsanstalt lehrterstr. in berlin ; unter anderem gegen die ärzte meitzner, husen, löckel, schatterer, helfsmeyer, gegen den zuständigen richter schedon und gegen den zuständigen staatsanwalt.

katharina hammerschmidt ist, wie die anderen politischen gefangenen in der BRD, monatelang in totaler isolation gehalten worden (genauer : seit juni 1972). um diese isolation vollständig durchzusetzen, sind unbedingt notwendige ärztliche behandlungen nicht vorgenommen worden. damit haben sich die ärzte in die interessen der justiz eingeordnet und sich außerhalb jedes medizinisch rechtfertigbaren verhaltens gestellt. es handelt sich hier um versuchten mord.

dieses verhalten von gefängnismedizinern gegen politische gefangene ist kein einzelfall : z.b. zwangsnarkose gegen carmen roll (dr. j.s. weilacher, aichach) ; wasserentzug und zwangsernährung gegen andreas baader (dr. degenhardt, kassel) ; versuchte zwangspsychiatrisierung gegen inhaftierte SPK - patienten (dr. mauch, dr. kulicke, hohenasperg) und gegen ulrike meinhof (prof. witter, homburg).

DORTMUND (ID) PROTEST DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER

28.febr. über 50 kriegsdienstverweigerer, arbeiter und angestellte rufen alle auf, die wehrpflichtige über ihr recht auf kriegsdienstverweigerung informiert und sie vor ihrer verhandlung beraten haben und es noch tun, die öffentlich zu bekennen, um so einer weiteren aushöhlung des grundrechts auf kriegsdienstverweigerung entgegenzuwirken.

die bisherigen diffamierungskampagnen mit dem ziel, kriegsdienstverweigerer als drückeberger darzustellen, werden abgelöst von maßnahmen, die die illegalisierung und kriminalisierung der kriegsdienstverweigerer vorantreiben sollen.

praktisch zeigt sich dieses durch den einsatz der politischen polizei - 14. kommissariat - bei einzelnen, ihnen bekanntgewordenen beratern in sachen kriegsdienstverweigerung. diese werden herausgegriffen, um exemplarisch ihre tätigkeit zu verhindern . als grundlage dazu dient ein sogenanntes rechtsberatungsmißbrauchsgesetz aus dem jahre 1935, welches damals dazu diente, die tätigkeit jüdischer rechtsanwälte unmöglich zu machen.

kontaktadresse : detlev himmel, 46 dortmund, veteranenstr. 11

DORTMUND (ID) UNTERDRÜCKUNG DER WAHLPROPAGANDA DER KPD/ML
(aus der pressemitteilung des parteibüros)

25.2. die kommunistische partei deutschlands/marxisten - leninisten hat dem landeswahlleiter in hamburg angekündigt, daß sie die bürgerschaftswahlen vom 3.3.1974 anfechten wird. die systematische unterdrückung der wahlpropaganda der KPD/ML durch die hamburger polizei machen diesen schritt notwendig :

- am 9.2. versuchte die polizei, das auftreten von ernst aust, spitzenkandidat und vorsitzender der KPD/ML, zu unterbinden. die polizei zog vom wahlinformationsstand der partei erst ab, als sich die bevölkerung deutlich mit den parteigenossen solidarisierte.

- am 17.2. wurde ein genehmigter informationsstand der KPD/ML in hamburg - harburg von polizisten überfallen und umgeworfen. die polizisten stürzten sich auf die bei-

den anwesenden bürgerschaftskandidaten der KPD/ML, ernst aust und karl klingemann, die zu diesem zeitpunkt mit einem ebenfalls genehmigten propagandawagen unterwegs waren und über lautsprecher zu mehr als hundert interessierten menschen sprachen.

- genosse peleikis, einer der bürgerschaftskandidaten der KPD/ML., erfuhr erst bei einem zufälligen besuch im bezirksamt, daß er gar nicht in die wahllisten eingetragen war - ein hinterhältiger versuch, seine kandidatur zu unterdrücken.

- laut gesetz stehen der KPD/ML eigene wahlsendungen in rundfunk und fernsehen zu. diese sendungen wurden jedoch seitens der rundfunk - und fernsehanstalten unterbunden. die erste wahlsendung wurde vom justitiar des NDR , grossmann, verboten. bei den aufnahmen zur zweiten sendung wurde die wahlrede von ernst aust einer unerträglichen, ungesetzlichen zensur unterworfen mit dem ziel, die revolutionäre propaganda der KPD/ML zu entstellen und die linie unserer partei zu verfälschen. als die vertreter der KPD/ML sich weigerten, die geforderten änderungen im manuskript vorzunehmen, kam die sendung nicht zustande.

ein genosse der KPD/ML., der in hamburg - wilhelmsfeld wahlaufrufe der KPD/ML anbringen wollte, wurde von polizisten angehalten und durchsucht. die zeitung der partei, die er bei sich trug, der "rote morgen", wurde beschlagnahmt, der genosse auf revier 17 geschleppt und dort geschlagen.

- mehrere wahlhelfer, die arbeiterhaushalte besuchten, um dort wahlpropaganda zu betreiben, wurden ebenfalls von polizisten angehalten und durchsucht.

- der agitprop- trupp der KPD/ML, "rotes sprachrohr", der in den hinterhöfen der arbeiterviertel propaganda zur bürgerschaftswahl macht, wurde ebenfalls von polizisten angehalten. mit der begründung, diese genossen veranstalteten eine "unangemeldete demonstration" versuchte die polizei, ihre personalien festzustellen und ihren auftritt zu verhindern.

- am 24.2.74 erreichte diese politische unterdrückung einen neuen höhepunkt : am u- bahnhof hamburg- hoheluft hält ein peterwagen mit der nr. HH - 7099 bei drei genossen der KPD/ML, die gerade ein von wind und regen beschädigtes stellschild der partei ausbessern. einer der polizisten zwingt die genossen mit vorgehaltener maschinenpistole und unter androhung einer festnahme, ihre personalien anzugeben und die ausbesserungsarbeiten einzustellen. sie müssen ihre berufe angeben, das polizeiliche kennzeichen ihres wagens wird notiert. als die drei genossen gegen diesen überfall protestieren, erhalten sie zur antwort, den polizisten sei nichts bekannt von einer wahlbeteiligung der KPD/ML.

DORTMUND (ID) · PROZESS GEGEN NORBERT OSWALD UND MICHAEL SCHULTE

1.3. heute fand der zweite verhandlungstag in dortmund am landgericht vor der staatsschutzkammer statt. lange dauerte die sitzung nicht, denn : das gericht ließ nur einen teil der anwesenden öffentlichkeit zu. auf den antrag, die gesamten anwesenden personen in den raum zu lassen, wurde die öffentlichkeit aus dem verhandlungszimmer ausgeschlossen. gleichzeitig wurden die leute, die im gericht vor der saaltür warteten, durch die polizei die treppe hinuntergestoßen. der vorsitzende richter begründete diese maßnahme damit, daß beim letzten termin (22.2.74) die öffentlichkeit den ablauf gestört hätte. (klatschen)

daraufhin erklärten die angeklagten heute, an einer solchen geheimjustiz und prozeßfarce würden sie nicht mehr teilnehmen, und sie versuchten selbst auch, den raum mit der öffentlichkeit zu verlassen. oswald gelang das, während schulte festgehalten wurde von saaldienern und polizisten, dabei ging die polizei auch gegen den rechtsanwalt reinhard handgreiflich vor.

die leute versammelten sich dann vor dem landgericht an der kaiserstr. gegen 10.30 uhr wurden folgende informationen übermittelt : 1. gegen norbert oswald ist ein haftbefehl erlassen ; 2. bei allen weiteren verhandlungsterminen bleibt die öffentlichkeit ausgeschlossen ; 3. die verhandlung wird am 8.3.74 um 8.45 uhr fortgesetzt ; 4. gegen wolfgang barthels, ein schreibhelfer der verteidigung, wurde eine ordnungsstrafe von 1 tag arrest sofort vollzogen, weil er einmal gemeinsam mit den zuschauern beifall geklatscht hatte; das gericht nahm die offiziell zulässige beschwerde dagegen nicht zur kenntnis und ließ ihn sofort abführen.

diese räumung des saals war eine vorbereitende provokation durch die justiz ; schon eine halbe stunde vor prozeßbeginn waren alle flurtüren um den prozeßsaal verschlossen, z.t. durch bänke verbarrikadiert. auch ein anwesender rundfunkreporter wurde ausgesperrt.

zum hintergrund : bei diesem prozeß soll ein grundsatzurteil gegen klassenkämpferische organisationen gefällt werden, indem § 129 StGB gegen eine politische organisation, die inzwischen nicht mehr bestehende KPD/ML "rote fahne" ausschließlich aufgrund ihrer flugblätter angewandt werden soll.ein solches grundsatzurteil aber könnte dann gegen bestehende organisationen wie z.b. die KPD/ML "roter morgen" ebenfalls angewandt werden.

OFFENBACH (ID) "SOZIALISTISCHE AKTION" ZUM 5. DEUTSCHEN JUGENDHILFETAG
28. februar

auf einer versammlung von 14 sozialarbeitergruppen aus dem bundesgebiet und westberlin hat sich am 20.1.74 in bielefeld eine "sozialistische aktionsgruppe" für den kommenden jugendhilfetag konstituiert. die versammelten haben einen aufruf beschlossen, der in den vergangenen wochen in verschiedenen publikationsorganen veröffentlicht wurde.

die AGJ (arbeitsgemeinschaft für jugendhilfe), offizieller veranstalter des 5. deut. jugendhilfetages, hat an die mutmaßlichen initiatoren dieser aktion einen brief gerichtet mit der bitte, die AGJ "in die organisierung der sozialistischen aktion einzubeziehen".

der folgende text ist einem offenen brief der "sozialistischen aktion" an die AGJ entnommen:

"der brief ist auf der bielefelder versammlung diskutiert und als versuch bewertet worden, die auf dem jugendhilfetag öffentlich zu führende auseinandersetzung über die situation im bereich der jugendhilfe in das nicht-öffentliche vorbereitungsgremium der AGJ vorab zu verlagern und damit auf dem jugendhilfetag selbst zu verhindern. ...

um eine möglichst breite teilnahme am jugendhilfetag und die effektive artikulation der interessen und vorstellungen der teilnehmer zu gewährleisten, richtet die "sozialistische aktion" an die AGJ folgende forderungen:

- unverzügliche information der öffentlichkeit,. der kollegen in dienststellen und ausbildungsstätten durch die vorbereitungspapiere der AGJ einschließlich der von anderen gruppen erarbeiteten papiere.
- verzicht auf teilnehmergebühren.
- diskussion auf der eröffnungsveranstaltung.
- kein eröffnungsredner, der politische disziplinierungen und berufsverbote gegen fortschrittliche kollegen mitzuverantworten hat.
- erklärung der AGJ gegen die berufsverbote, gegen die kriminalisierung von politischen aktivitäten jugendlicher und die brutale behandlung von gefangenen (insbesondere der politischen gefangenen) in der brd.
- stellungnahme aller referenten auf dem 5. DJHT zu den berufsverboten und politischen disziplinierungen im sozialbereich.
- kostenlose bereitstellung von druckmöglichkeiten für alle teilnehmer und initiativgruppen auf dem jugendhilfetag.
- bereitstellung von räumen für nicht im programm vorgesehene veranstaltungen von teilnehmern und initiativgruppen auf dem jugendhilfetag.
- gemeinsame abschlussveranstaltung aller arbeitsgruppen mit der möglichkeit, gemeinsame interessen und forderungen zu artikulieren.

die "sozialistische aktion" erwartet von der AGJ, dass sie umgehend zu diesen forderungen öffentlich stellung nimmt.
das nächste vorbereitungstreffen der "sozialistischen aktion jugendhilfetag" findet vom 26. bis 28. april in hamburg statt. anmeldungen: info sozialarbeit im sozialistischen büro, 605 offenbach 4, postfach 591.

FRANKFURT (ID)
1. märz

RESOLUTION DEUTSCHER SCHRIFTSTELLER ZU DEN HINRICHTUNGEN IM IRAN

am 21. januar 1974 wurden in teheran von einem militärgericht 12 journalisten, schriftsteller und filmproduzenten beschuldigt, ein komplott gegen die schahfamilie vorbereitet zu haben.

daß es bei diesem prozeß aber um etwas anderes ging als um die ahndung eines konstruierten anschlages auf die schahfamilie, beweist die tatsache, daß die intellektuellen bereits im frühjahr 1972 verhaftet wurden, das sogenannte komplott aber erst im oktober 1973 bekanntgegeben wurde.

der prozeß vor dem persischen militärgericht gegen progressive künstler und intellektuelle kann daher nur als maßnahme des schah-regimes verstanden werden, diejenigen intellektuellen zu unterdrücken, die in der letzten zeit trotz der schweren repressionen mit gedichten, novellen, filmen und artikeln versuchten, demokratische aufklärungsarbeit zu leisten, so daß sie zur gefahr für das regime wurden.

allein in den letzten zwei jahren sind mehr als 130 der von den militärgerichten verhängten todesurteile vollstreckt worden, sodaß das schah-regime nur noch durch die chilenische militär-junta an terror gegen eine demokratische opposition überboten wird.

inzwischen wurden von dem militärgericht fünf der iranischen intellektuellen zum tode verurteilt. zwei der fünf todesurteile wurden vom schah bestätigt und kurz danach vollstreckt.

wenn sich die weltöffentlichkeit über das vorgehen gegen alexander solschenizyn erregt, dann darf sie zu den hinrichtungen und zu den lebenslänglichen freiheitsstrafen gegen iranische künstler und intellektuelle nicht schweigen.

die unterzeichneten schriftsteller fordern daher:

1. abschaffung der todesstrafe
2. ersetzung der geheimen militär- durch öffentliche zivilgerichte
3. zulassung einer internationalen untersuchungskommission bezüglich der situation in den gefängnissen des iran
4. presse-, meinungs- und versammlungsfreiheit.

unterzeichner: horst bingel, erika runge, gerhard zwerenz, ingeborg drewitz, hans magnus enzensberger, günter wallraff, jürgen roth, brigitte heinrich, gaston salvadore

BERLIN(ID) PRESSEERKLÄRUNG DES "FORWARD"S

19.februar zwei mitglieder des" forward" (gi-zeitung) kollektivs hier in westberlin treten als kläger in einer verfassungsbeschwerde gegen das us-militär, die von der american-civil-liberties-union imbundesdistriktsgericht in washington eben eingereicht wurde, auf. die zwei genossen, Jay Brady und David Harris, gehören zu einer gruppe von 18 klägern, die ihre beschwerde gegen den US-verteidigungsminister, den heeresminister und andere hohe militärs in den vereinigten staaten und in westeuropa richten. sie treten damit stellvertretend für alle US-amerikanischen zivilbürger auf, die legal politisch aktiv sind hier in westeuropa und die deswegen von der US-armee beschattet, abgehört und bespitzelt werden, bzw. stellvertretend für alle personen, denen ähnliches in zukunft geschehen könnte. zu den klägern gehören das lawyers military defense commitee in heidelberg (ein US-amerikanisches anwaltskollektiv, das sich auf die kostenlose verteidigung von US-soldaten vor US-militärgerichten spezialisiert hat), der berlin-democratic-club (ein verein US-amerikanischer zivilbürger, der sich politisch engagiert in wohnungsfragen, usw.) und zwei US-amerikanische geistliche.

Brady und Harris sind unmittelbar und ohne angaben von gründen von ihrer arbeit beim US-pavillon auf der berliner industrieausstellung gefeuert worden. der ausstellungsleiter, herr Joseph Nebesky, erklärte ihnen damals, ihm sei von der US-mission befohlen worden, sie

zu entlassen. Harris bemerkte damals:" wir sind sicher, daß unsere mitarbeit bei "forward" der grund für unsere entlassung war, obwohl diese mitarbeit sowohl nach amerikanischen als auch nach deutschem recht völlig legal ist. der befehl, den Nebesky bekam, beruht ganz sicher auf geheimakten, die sie über unsere tätigkeit angelegt haben. das berührt sehr ernsthaft die frage der offiziellen beschattung und überwachung der legalen politischen tätigkeit von zivilbürgern. wenn es tatsächlich solche dossiers hier gibt, so verstößt das auch eindeutig gegen die direktive nr. 5200.27 des US-verteidigungsministeriums."

die klage betrifft telefonabhören, geheime unterwanderung, "schwarze listen", geheimpersonalakten, und die verletzung des postgeheimnisses durch den militärischen abschirmdienst. in der beschwerde werden dem US-verteidigungsminister und anderen beamten verletzung der 1.4.5.6. und 9. zusatzklauseln zur US-verfassung zur last gelegt. die klage bestrebt eine einstweilige verfügung gegen die illegale überwachung und ebenso die vernichtung von allen akten.

BERLIN (ID) OFFENER BRIEF AN HEINRICH BÖLL

25.2. sehr geehrter herr böll !

an dem selben tag, an dem sie den antikommunisten solschenizyn zum bruderkuß umarmten, ließ der iranische despot pahlevi zwei der besten schriftsteller persiens hinrichten. diese hinrichtung war, wie sie sehr wohl wissen, von langer hand geplant. den beiden schriftstellern wurde eine entführung der schah-familie vorgeworfen, obwohl sie monate vor der angeblichen entführung verhaftet waren.

die konföderation iranischer studenten hatte sie, herr böll, schon im oktober vergangenen jahres gebeten, sich für die entsendung einer internationalen beobachterdelegation zu dem geheimen militärprozeß gegen die erwähnten schriftsteller einzusetzen. diese bitte wurde von ihnen mit dem gern vorgeschobenen hinweis, sie seien über diesen fall nicht genügend informiert, abgelehnt. selbst als die todesurteile bereits gefällt waren, als diese in der gesamten westlichen presse bekannt gegeben wurden, als hunderte von iranischen studenten mit einem hungerstreik in verschiedenen europäischen städten gegen diese urteile protestierten, als zahlreiche schriftsteller - und journalistenverbände westeuropas sich für das leben dieser schriftsteller einsetzten, und als schließlich persönlichkeiten, wie bischof scharf und der präsident der TU westberlins, witkowsky, protesttelegramme an den schah sandten, selbst zu diesem zeitpunkt waren sie, herr böll, nicht bereit, in ihrem namen und im namen des internationalen penclubs gegen diese faschistischen todesurteile zu protestieren. nicht einmal die ermordung der beiden schriftsteller scheint ihrem informationsbedürfnis genügt zu haben.

mir scheint, daß die doppelmoral, die in ihrem angeblichen einsatz für demokratie und freiheit zum ausdruck kommt, nur auf einem politischen hintergrund zu erklären ist. geht es ihnen etwa um die rehabilitierung des schriftstellers böll, der sich einst für die RAF einsetzte? streben sie eine wirkliche überwindung der wohl bestehenden gesellschaftlichen antagonismen und der undemokratischen verhältnisse in der sowjetunion an, oder sind sie freiwillig dabei, mit ihrer aktiven teilnahme an dem jubelfest von solschenizyn, augstein und springer das antikommunistische feuer in europa zu schüren?

haben etwa der ölgeruch aus persien, die profitreichen verträge bundesrepublikanischer monopole und die waffenlieferungen der bundesregierung an des despoten auf dem pfauenthron sie so sehr in ihrem demokratieverständnis verwirrt, daß sie nun freiwillig über mord und folter an iranischen schriftstellern und journalisten schweigen?

khosro gholesorchi, einer der ermordeten schriftsteller, schrieb kurz vor seiner hinrichtung ein gedicht, das mit folgenden sätzen beginnt :

der feind hat deine brust tief verwundet,
aber du, aufrechte zypresse, bist nicht umgefallen.
es gehört zu deinem wesen, aufrecht zu sterben.

wie würden sie, herr böll, rückblickend, ihren werdegang als "engagierter" schriftsteller beschreiben?

bahman nirumand
1 berlin 15, pariserstr. 59

AUSLAND

DUBLIN (PNS/id) REPUBLIKANISCHE BEWEGUNG BEGRÜSST ERKLÄRUNG DER ULSTER VOLUNTEER FORCE

16.2. sowohl die SINN FEIN (official) als SINN FEIN (provisional) begrüßten eine erklärung, die mitte februar von der illegalen protestantischen organisation ulster volunteer force (UVF) abgegeben wurde. die erklärung verwirft das sunningdale-abkommen und plädiert für ein "council of ulster". (im abkommen von sunningdale, das letzten dezember unterzeichnet wurde, pflichten die nord- und südirische regierung den britischen vorstellungen über die künftige politische strukturierung nordirlands bei.)

das statement der UVF, das eine reaktion aller organisationen - die IRA eingeschlossen - fordert, führt aus : "die bewohner von ulster begreifen jetzt, daß das leben in ulster nur lebenswert sein kann durch die schaffung einer neuen gesellschaft, die auf der souveränität der arbeitenden bevölkerung - katholiken wie protestanten - basiert. der weg dazu wird gegenstand von diskussionen und auseinandersetzungen unter der bevölkerung von ulster sein - abgesehen von der oberen mittelklasse, die die religiösen ängste beider bevölkerungsteile über 50 jahre hinweg der politischen macht und der materiellen bereicherung halber ausbeutet."

das irish republican information service berichtete, daß der vizepräsident der provisional sinn fein, daithi o'conaill, erklärte, die republikanische bewegung würde dem statement "ernsthafte bedeutung" beimessen. er ergänzte : "alle republikaner begrüßen den versöhnlichen ton des UVF-statement und stimmen mit seiner entscheidung überein, das sunningdale- abkommen abzulehnen."

ein statement, das von der official sinn fein herausgegeben und im "united irishman" veröffentlicht wurde, betonte nachdrücklich das weltliche und sozialistische konzept der sinn fein (official) zur wiedervereinigung irlands : "wir sind völlig einverstanden mit der UVF - analyse des neuen parlaments und ihrer einschätzung von funktion und status des council of ireland. auch wir lehnen die britische lösung der irlandfrage ab ..... wir anerkennen und würdigen die offenbare klassenorientierung in der erklärung der UVF."

es setzt hinzu :" sinn fein versichert nochmals seine fortgesetzte gegnerschaft gegenüber allen formen des sektierertums und begrüßt diese gelegenheit, in diskussionen mit anderen organisationen der arbeiterklasse einzutreten."

ENGLAND (ID/IPS) WAHLEN:FRAUEN VERHINDERN AUSLIEFERUNG ANTIKOMMUNISTISCHER ZEITSCHRIFT
17.februar 1974

die weiblichen angestellten eines post-versand dienstes weigerten sich, die letzte ausgabe von "business world" zu versenden, da es gegen die kommunistische partei gerichtetes material enthielt, erklärte der herausgeber der zeitschrift. ein von "aims of industry"(eine politische industrielle organisation)beigelegtes blatt behauptete, das ziel der kp wäre es , die labour party und die gewerkschaften zu beherrschen.

BARCELONA (ID/IPS) SPANISCHE RECHTSANWÄLTE IM GEFÄNGNIS

16.2. in barcelona wurden drei rechtsanwälte, zwei davon frauen, zu vier bzw. fünf monaten gefängnis verurteilt, weil sie für ihre klienten einen regelmäßig erscheinenden informationsdienst herausgegeben haben. rechtsanwälte fassen das urteil als warnung an kollegen auf, die sich auf die verteidigung von politischen angeklagten spezialisiert haben.

bei derselben verhandlung, bei der die drei rechtsanwälte verurteilt worden sind, erhielt ein arbeiter fünf jahre gefängnis ; man hatte bei ihm neun kopien des informationsdienstes und illegale literatur gefunden. der gerichtshof verurteilte die drei rechtsanwälte, weil das von ihnen herausgegebene bulletin nicht angemeldet war und "fragen behandelt hat, die keinen professionellen charakter trugen."

PARIS (LIB./id) KÄMPFERISCHE CHILEDEMONSTRATION IN PARIS

27. febr. in paris fand am 22. februar aus anlass der anwesenheit des faschistischen juntabotschafters aus chile eine demonstration statt.

mehr als zehntausend jugendliche marschierten zur chilenischen botschaft gemäß dem aufruf des komitees zur unterstützung des revolutionären kampfes des chilenischen volkes. eine neue generation von jugendlichen, die , quer durch die chilekomitees eine ähnliche erfahrung durchmachten wie die vietnamkomitees von 1967. mehrere tausend jugendliche, darunter militante jungkommunisten, waren behelmt erschienen, (es ist erwiesen, daß im "anti-imperialistischen kampf" die extreme linke die KP-politik mißbilligt) um dempolizeiangriff,der für die "einzige linke demo" angeordnet war, zu begegnen

trotz erlaubnis der polizei begnügte diese sich nicht damit, die umgebung der botschaft zu schützen, sondern sie versuchte schon die bildung des zuges zu verhindern und provozierte die demonstranten : vor der metrostation vavin,während ein dünner gürtel von bullen noch einmal den abmarsch abblocken wollte, gings unter ungeheurem geschrei los. die ganze demo folgte, die bullen rannten davon, ließen einen bus zurück, schilder, tränengasgranaten. mehrere bullenverfolgungen liefen an ; sogar der eigene ordnungsdienst wurde überrannt, mollies flogen, ein bullenbus wurde zertrümmert.

aber das vordrängen und wieder zurückweichen verunsicherte die leute hinten. mehr als die hälfte des zuges, von falschen gerüchten (die bullen schlagen zurück) verwirrt, verstreute sich in die umliegenden straßen, wo es von uniformierten nur so wimmelte. der rest (: etwa 3.000 leute) kam den boulevard raspail hoch bis denfert - rochereau, während der ordnungsdienst sich 20 minuten lang in höhe der kreuzung montparnasse-raspail mit den bullen kloppte. am denfert, in dem moment, als ein chilekomitee-verantwortlicher die demo für beendet erklärte, kamen crs und bullen von verschiedenen seiten an und schossen mit tränengasgranaten in die leute, wo etwas panik ausbrach. die demonstranten flüchteten in die anliegenden straßen, versuchten der rattenjagd zu entkommen, und verschwanden in der metro ....

der zug von pc (KP) und ps (SP) defilierte friedlich bis zur convention ; sie zogen es vor, den vorgesehenen weg zu verlassen, der sie hinter den "linken" hätte einhergehen lassen müssen .....

eine kampfdemo. für chile, das ist das geringste. 6 demonstranten wurden "mit der waffe in der hand" verhaftet und vor den richter geschleppt. es gibt schon 2 verurteilungen.

GUINEA - BISSAU PAIGC - FÜHRER ANGEBLICH GEFANGEN GENOMMEN

13.2. portugiesische truppen haben, wie von einer armeestelle in lissabon mitgeteilt wird, braima mané gefangen genommen, der als der wichtigste politische führer der PAIGC (unabhängigkeitspartei für guinea und die kapverdischen inseln) bezeichnet wird. er soll bei militärischen operationen in guinea in gefangenschaft geraten sein.

DOKUMENTATION

WOUNDED KNEE PROZESSE GEGEN 300 INDIANER IN DEN USA
-die lebensrechte der ersten opfer amerikanischen imperialismus vor gericht

"wenn jemand etwas verliert und zurückgeht, um sorgfältig danach zu suchen, wird er es auch finden; und genau das machen die indianer heute, wenn sie euch bitten, ihnen die dinge zu geben, die man ihnen in der vergangenheit versprochen hat. und ich meine eben, daß man sie deshalb nicht wie tiere behandeln sollte. und das ist auch der grund, daß in mir das gefühl stärker geworden ist, daß widerstand notwendig ist...."

diese worte des widerstandskämpfers Tatanka Yotanka, oder "sitting bull", wie wir ihn aus den wildwest-romanen kennen, stehen am anfang eines hilferufes des wounded knee defense committee, das 300 indianer in diesen tagen gegen den geballten übergriff des amerikanischen justizapparates verteidigen muß. diese worte kennzeichnen das bewußtsein heutiger indianer. der brief des rechtsanwaltskollektivs klärt auf, wo eine neue, tausendmal mächtigere lüge hintergründe und tatsachen verstellt:
"dem wounded knee des jahres 1973 war eine jahrelange kampagne gegen den korrupten stammespräsidenten dick wilson auf dem pine-ridge-reservat vorausgegangen. als teil dieses widerstandes bildeten sich mehrere selbstorganisationen der reservatbewohner.darunter die ogala-bürgerrechtsbewegung, der u.a. auch Pedro Bissonette vorstand. Bissonette war im zusammenhang mit wounded knee angeklagt worden. im vergangenen oktober wurde er von der polizeitruppe des indianerbüros auf pine ridge ermordet.seine mörder sind heute noch frei, auf sie wartet kein verfahren.

die leute, die während der 71-tägigen besetzung in wounded knee waren, haben sich oft darüber unterhalten, wie es sein müßte, wenn man frei ist- freivon einer unterdrückerischen, rassistischen gesellschaft und mit der freiheit ausgestattet, eine befreite insel inmitten dieser gesellschaft zu schaffen, es war eine befreiung von der alltäglichen angst und der atmosphäre des terrors, die auf dem pine-ridge-reservat, und nicht nur dort herrschen. die politische und militärische organisation, welche diesen täglichen terror erzeugt, ist die vom indianerbüro der regierung aufgezwungene stammesregierung unter dem vorsitz von richard wilson. dieser machtapparat (1934 von der us-regierung geschaffen) ist im grunde nichts anderes als eine front von interessen und einflußmöglichkeiten der us-regierung auf den indianerreservaten, deren bodenschätze heute relevant werden. dieser apparat läßt keinen raum für indianische souveränität, die u.a. durch den vertrag von 1868 zum gesetz erhoben wurde. um die respektierung dieser souveränität und dieses vertrages von 1868 ging es bei der befreiung von wounded knee vor einem jahr, geht es heute in den prozessen gegen die indianischen teilnehmer.

der vertrag von 1868:

1. friede zwischen den usa und den indianern; die usa wird jeden bestrafen, indianer oder weißer, der den vertrag bricht, und der geschädigten person den schaden ersetzen.
2. die sioux- und arapaho-völker werden alles land westlich des missouriflusses im heutigen staat süd-dakota als reservation besitzen, die als nicht abgetretenes indianisches land anerkannt wird, wo sich kein weißer weder niederlassen noch aufhalten darf. die indianer erheben keinen anspruch auf sonstiges land
3. falls auf der reservation nicht mindestens 16o morgen land pro person verfügbar sind, wird die us-regierung nahegelegenes land den indianern zur verfügung stellen. jeder indianer auf dem reservat darf land für sich oder für seine familie beanspruchen und es als privatperson besitzen; alles übrige land wird gemeinschaftlich vom stamm verwaltet. die us-regierung hat das recht, gesetze zur regelung der erbfolge zu erlassen.

4. die us-regierung wird für folgende einrichtungen sorgen: schul- und wirtschaftsgebäude; ein agent der auf dem reservat lebt und beschwerden und verstöße gegen den vertrag weiterleiten kann;

hilfe und unterstützung bei der einführung von ackerbau; kleidung und lebensmittel über einen zeitraum von 30 jahren; nahrungsmittel für vier jahre; einen ochsen und eine kuh für jede ackerbautreibende familie.

der vertrag kann nur durch mehrheitsbeschluß durch 3/4 der erwachsenen stammesmitglieder geändert werden.

"nachdem die belagrung von wounded knee durch die bundestruppen aufgehoben worden war, waren zwei indianer tot und dutzende andere verletzt. das us-justizministerium unterzeichnete ein abkommen, einen neuen "vertrag", den es später wiederum brach, indem es über 600 indianer in haft nahm. aber auch der vertrag von 1868 wurde oft genug gebrochen. viele indianer haben durch diese vertragsbrüche ihr leben lassen müssen, und viele werden morgen noch sterben müssen." Dennis Banks, nationaler direktor des a.i.m.

"der vertrag von 1868 wird die verteidigungsgrundlage der angeklagten indianer sein. sie bestehen darauf, daß man ihn anerkennt und durchsetzt. sie wollen eine tatsächliche lösung der echten probleme, die die führung ihres stammes stellt. die sioux sind jetzt der brennpunkt der hoffnung aller indianer des landes. setzt die verträge durch!
es ist eine unbestrittene tatsache, daß die us-regierung zur zeit eine verschwörung gegen das souveräne volk des kontinents betreibt. nie zuvor ist ein angriff so großen ausmaßes gegen eine kulturelle oder rassische gruppe in diesem land versucht worden.

114 personen stehen bundesrichterliche anklagen in süd-dakota bevor
25 fälle werden wegen des vorausgegangenen aufstands in custer angeklagt
127 fälle werden z.zt. noch auf möglichkeiten zur ahndung durch bundesgerichte untersucht
100 personen werden durch das stammesgericht des indianerbüros in pine-ridge angeklagt
8 personen werden in nebraska vor gericht stehen, weil sie dort die befreiung von wounded knee unterstützt haben
5 anklagen der bundesregierung in arizona
3 anklagen in wyoming
2 anklagen der bundesregierung in custer, süd-dakota
600 personen schätzungsweise im zusammenhang mit wounded knee verhaftet

die gesamtsumme an kautionsgeldern, um angeklagte bis zum verhandlungsbeginn freizubekommen, wird ca. 75o.000 dm betragen. die kosten des rechtsanwaltsbüros der verteidigung für 12 monate werden mindestens 300.000 dm betragen."

spenden für die kosten des verteidigungskomitees können in deutschland überwiesen werden auf das spendenkonto "indianerprozesse"
deutsche bank hamburg 86/30030
gesellschaft für bedrohte völker

"als wir wounded knee räumten, hatte uns die regierung mit 15 panzerspähwagen eingekesselt, die mit 50-mm-maschinengewehren bestückt waren. sie schafften weitere 22 panzer und 140 fbi-agenten heran. sie boten 86 polizisten des indianerbüros auf. in der nähe war die 82. luftwaffeneinheit stationiert; und noch eine woche davor hatten sie begonnen uns mit nervengas zu bombardieren. und mit ihren schüssen zerschmetterten sie Frank Clearwaters hinterkopf als er um 5:35 uhr morgens in einer kirche schlief, während man nahrungsmittel über wounded-knee abwarf, weil die menschen dort langsam verhungerten. die indianer baten um einen 4-tägigen waffenstillstand im angedenken an Frank Clearwater. und am 2. tag des waffen-

stillstands feuerte man tränengas in die häuser von wounded knee, und Lawrence Lamont taumelte aus einem der bunker und wurde ebenfalls erschossen - zuerst geblendet und dann erschossen. die indianer waren bereit in wounded knee ihr leben zu lassen. sie sagten, daß sie pferde, ratten und sogar dreck essen würden."

Clyde Bellecourt, nat.direktor des a.i.m.

PETITION

an: federal judge fred nichol
federal court building
saint paul, minnisota/usa

oder: richard m. nixon
president of the usa
washington d.c./usa

wir, die unterzeichner, anerkennen, daß die menschenrechte der menschen der indianischen nationen verletzt wurden und noch verletzt werden durch die offene agression der vereinigten staaten von amerika und ihrer agenten: dem büro für indianische angelegenheiten (B.I.A.), dem federal bureau of investigation (F.B.I.) und den bundesgerichten der usa (us federal courts)

wir fordern, daß die souveränität der indianischen nationen respektiert wird, so wie sie in den unterzeichneten verträgen garantiert wird, einschließlich des vertrages von 1868 mit der sioux-nation.

deshalb fordern wir, daß die anklage der us-regierung gegen die indianischen nationen, die ihre menschenrechte und ihre freiheit in custer und wounded knee, süd-dakota, verteidigt haben und jetzt in st. paul, minn., und sioux falls, süd-dakota, vor gericht stehen, fallengelassen wird und daß jene freigelassen werden, die noch heute in haft sind.